

len. Diesen Herren kann man sagen: Zeige mir, welche Freunde du hast, und ich zeige dir, wer du bist! Unter dem Firmenschild der deutsch-französischen Verständigung gleichen sich die Herrschaftsmethoden beider Regimes an, wobei sich demokratisches Wesen immer mehr verflüchtigt. Umso dringlicher ist es, dem Wortverschleiß ein

Ende zu setzen, Demokratie nicht mit Autokratie zu verwechseln, Führervolksentscheide nicht als freie Beschlüsse auszugeben, die Angst der Bürger nicht als Suche nach Erlösung hinzustellen. Dieser unheiligen deutsch-französischen Allianz muß, über allen Schein hinweg, ins Herz geblickt werden.

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Koalition — Konzeption — Generaldebatte

Die für die „Aktion Spiegel“ Verantwortlichen haben gewiß nicht einmal im Traume geahnt, welche unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen dieser offene Angriff auf das unbequeme Hamburger Nachrichten-Magazin haben würde. Fünf Wochen nach dem Eindringen der Polizei in die Räumlichkeiten des „Spiegel“ und der Verhaftung von Augstein, Ahlers und anderen Redakteuren ist die bisherige Bonner Koalition auseinandergebrochen, der Verteidigungsminister Strauß gestürzt, das Ansehen der Bundesregierung im In- und Ausland auf einen Tiefpunkt gesunken. Auf der anderen Seite hat die Bundesrepublik in diesen letzten Wochen eine „demokratische Welle“ ohnegleichen erlebt. Die lawinenartig angeschwollene Empörung weiter Kreise der Bevölkerung über das in mehr als einer Hinsicht unglaubliche Vorgehen und Verhalten der Regierung in der „Spiegel“-Affäre ist, und das zählt zu den wichtigsten Ereignissen dieser bewegten Wochen, politisch fruchtbar geworden. Lange aufgestauter Unmut, spontane Abscheu und die Einsicht, daß dergleichen nun endlich einmal wenigstens an einem Punkte Einhalt geboten werden müsse, haben zusammengewirkt, aus der „Spiegel“-Affäre gegen den Willen der für sie Verantwortlichen so etwas wie ein reinigendes Gewitter für die Bundesrepublik zu machen. Freilich, die Reinigung hat erst begonnen, und es ist noch nicht entschieden, wie weit sie reichen, wie tief sie gehen wird.

Die „Spiegel“-Affäre hat die heutige Bonner Krise nicht geschaffen, sondern ausgelöst und potenziert — sie, die doch nach dem Willen ihrer Urheber dazu bestimmt war, den längst fälligen offenen Ausbruch der Krise noch einmal abzuwenden. Es ist unmöglich, in diesem Rahmen alle die zahllosen Aspekte der „Spiegel“-Affäre zu behandeln oder auch nur anzudeuten. In den kommenden Monaten wird über die politischen und juristischen Fragen, die sich in diesem

Zusammenhänge stellen, noch eingehend zu sprechen sein. Wir müssen uns im folgenden auf einige Gesichtspunkte beschränken, aber wir halten eine solche Beschränkung für durchaus gerechtfertigt, ja für notwendig. An anderer Stelle dieses Heftes wird gesagt, es bestehe die Gefahr, daß die Bürger der Bundesrepublik der Diskussion um die „Spiegel“-Affäre überdrüssig, ja durch eine geschickte Propaganda in einen solchen Überdruck bewußt hineingetrieben würden, so daß die Verantwortlichen bald wieder die ihnen so bequeme „Ruhe vor dem Volke“ haben und zu ihrer nur wenig modifizierten politischen Tagesordnung zurückkehren könnten . . . Solcher Überdruß kann auch darauf zurückgeführt werden, daß der Bürger vor allzuvielen Fragen und Probleme auf einmal gestellt wird. Er verliert im Dickicht all dieser vielen Probleme die Übersicht oder mindestens den Blick für das Wesentliche. Die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik ist im Augenblick intensiver und auch schon extensiver denn je — gerade darum aber auch das Bemühen um ein klares Problem-Bewußtsein besonders wichtig.

Der Sturz des Ministers Strauß

Das bedeutsamste Ereignis im Gefolge der „Spiegel“-Affäre ist bisher der Sturz des bisherigen Verteidigungsministers als des offensichtlichen Hauptverantwortlichen für den Angriff auf den „Spiegel“. Denn, das muß festgehalten werden, rein formell ist Strauß zwar zurückgetreten, in Wirklichkeit aber ist er gestürzt worden. Das heißt, längst übler Manipulationen überführt, moralisch-politisch als Minister unmöglich geworden, hat er doch nicht selbst die Konsequenzen aus dieser, man kann es nicht anders nennen, Entlarvung gezogen, sondern er hat bis zuletzt noch rücksichtslos um sein Amt gekämpft. Daß er schließlich den verzweifelten Versuch unternahm, den Bundeskanzler „mit in den Orkus zu ziehen“, wie die Neue Zürcher Zeitung es drastisch nannte, um so womöglich selbst dem Abgrund noch einmal zu entgehen, hat ihn dann doch in den Abgrund gestürzt, den er dem „Spiegel“ zudedacht hatte. Die CDU und sogar die CSU, ungeachtet ihres Wahlsieges in Bayern, mußten erkennen, welch untragbare Hypothek dieser Minister für sie geworden war.

Der Rücktritt des Ministers ist also nicht auf Grund einer Initiative der CDU/CSU erfolgt, sondern er mußte von der deutschen Öffentlichkeit erzwungen werden; und kaum je in den letzten Jahren war sich diese deutsche Öffentlichkeit in einem Verlangen so einig, wie in der Forderung nach dem Abtreten des Franz Josef Strauß. Daß es ihr gelungen ist, diesem so tief begründeten Verlangen zum Erfolg zu verhelfen, kann in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden; es ist der bisher vielleicht größte Triumph des demokratischen Gedankens in der Bundesrepublik. Es hat sich gezeigt, daß dieser Gedanke, den man oft genug tot wähnen mußte, doch nicht tot ist.

Das Verhalten des Verteidigungsministers in der „Spiegel“-Affäre war eine erschreckende Bestätigung aller Warnungen des „Spiegel“ vor Strauß! Der „Fall Strauß“ ist aber mit dem Rücktritt des Ministers Strauß keineswegs abgeschlossen. Die Empörung über die zahllosen Affären dieses Ministers mag nun, da Strauß zunächst vom Vordergrund der politischen Bühne verschwunden ist, schwächer werden — die Affären selbst bleiben. Es kann nicht damit sein Bewenden haben, daß der so schwer belastete Mann einfach aus seinem Amte ausscheidet und nun, wie zu erwarten, sich eine neue politische Position aufbaut, um eines Tages wieder nach der Macht zu greifen. Der Sturz des Ministers Strauß darf nur der erste Akt gewesen sein, dem als zweiter eine lückenlose öffentliche Aufklärung aller Strauß-Affären folgen muß. Wir denken dabei nicht nur an die Fibag-Affäre, sondern auch an das noch immer nicht völlig erhellte Vorgehen des Ex-Ministers im Falle „Spiegel“ und auch an

die Affäre „Onkel Alois“, die womöglich eine noch viel stärkere Belastung für Strauß bedeutet als die Fibag-Affäre. (In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die Ermittlungsbehörden in den Hamburger „Spiegel“-Archiven sich auch mit dem dort liegenden Material über den Strauß-Schwiegervater Zwicknagel beschäftigt haben, und es verdient Beachtung, daß der zuletzt im Rahmen der „Spiegel“-Aktion verhaftete angebliche Informant des Magazins, Conrad, vor allem über die Angelegenheit „Onkel Alois“ ausgezeichnet unterrichtet sein soll.) Mit anderen Worten, die A m t s f ü h r u n g des Ministers Strauß muß nun genauestens nachgeprüft werden. Einen in dieser Hinsicht bemerkenswerten Hinweis brachte am 28. November die Zürcher „Tat“, deren Deutschland-Redaktor F. R. Allemann zu berichten wußte: „Der fast unbestrittene Einfluß des umstrittenen Politikers auf die bayerische CSU hängt wohl nicht zuletzt damit zusammen, daß er in der Lage gewesen ist, der Industrie Bayerns bei der Verteilung der Rüstungsaufträge eine ganz besonders günstige Vorzugsposition einzuräumen.“

Der „Fall Strauß“ — mehr als ein „Fall Strauß“!

Doch dieser noch keineswegs abgeschlossene „Fall Strauß“ weist in doppelter Hinsicht über die Person des bisherigen Ministers hinaus. Er berührt das Problem A d e n a u e r und das Problem V e r t e i d i g u n g s p o l i t i k. — Es drängt sich heute, da nun auch in der Öffentlichkeit Klarheit besteht über den Charakter, die politischen Ambitionen und Methoden des Franz Josef Strauß, die Frage auf, wie überhaupt ein solcher Mann Minister, gar Verteidigungsminister werden, seine Machtposition immer mehr ausbauen und schließlich zum aussichtsreichen Kanzler-Kandidaten avancieren konnte. Darüber nachzudenken erscheint uns wichtig, denn die Antwort auf diese Frage ist eine Antwort auf die Frage nach der Struktur unseres heutigen politischen Systems; nicht um die geschriebene Verfassung, sondern um die ungeschriebene Spielregeln und Gewohnheiten der seit mehr als einem Jahrzehnt in Bonn Herrschenden geht es dabei.

Man vergesse nicht: der Verteidigungsminister Franz Josef Strauß war eine Frucht des Systems A d e n a u e r. Und seiner eigenen politisch selbstmörderischen Hybris verdankt es die Bundesrepublik in erster Linie, daß ihr Franz Josef Strauß als politischer E r b e des Systems Adenauer vorerst erspart bleibt. Damit soll das außerordentliche, ja, wir scheuen das Wort hier nicht, das einzigartige Verdienst des „Spiegel“ und insbesondere seines mutigen Herausgebers Rudolf Augstein an dem Sturz des Ministers Strauß so wenig geschmälert werden wie der Anteil der zuletzt nahezu einhellig nach diesem Sturze verlangenden deutschen Öffentlichkeit. Es wäre leichtfertig, wollte man verkennen, daß Strauß vor allem über seine allzu großen p e r s ö n l i c h e n Blößen gestolpert ist, die ihn zu einer Belastung sogar für das System gemacht haben, dessen Eckpfeiler er so lange war.

Konrad Adenauer aber geht nicht fleckenlos aus der „Spiegel“-Affäre hervor. Als Bundeskanzler ohnehin für die Amtsführung des Ministers Franz Josef Strauß mitverantwortlich, hat sein Verhalten in der „Spiegel“-Affäre nur einmal mehr gezeigt, wes Geistes Kind er ist. Wir denken hier vor allem an seine unerhörten, eines Regierungschefs unwürdigen Äußerungen in der Bundestagsdebatte vom 7. November. Der „Spiegel“-Skandal mit allen seinen Begleitumständen ist nur der bisherige Höhepunkt der chronique scandaleuse des Systems Adenauer. Erinnert sei hier nur an die Fälle Schmeißer und Kilb, an den Fall Zweites Fernsehen, an die Skandale um Oberländer und Fränkel, von vielem anderen zu schweigen. Mag Konrad Adenauer politisch noch einmal über die Runden gekommen sein, auf Kosten seines Verteidigungsministers, m o r a l i s c h ist er es

nicht. Und das wird in nicht allzu ferner Zeit auch dieser Verächter aller Moral in der Politik politisch zu spüren bekommen.

Autorität und Stabilität — aber wie?

Diese Krise geht tief. Aus ihr heraus findet nur, wer mit Weitsicht und Mut neue Wege zu gehen bereit ist. Alle die seit Jahr und Tag von seinen Anhängern und Bewunderern so bedenkenlos hochgelobten taktischen Kunststückchen, alle die raffinierten, aber doch nach Geist und Wesen kleinen Machenschaften dieses Mannes helfen jetzt nicht weiter. In dieser Stunde werden, wenn es dessen noch bedurfte, die Grenzen des Politikers Konrad Adenauer offenbar.

Allenthalben ertönt heute der Ruf nach einer neuen „starken“ Regierung, nach „Autorität“ und „Stabilität“. Richtig verstanden, sind diese Forderungen völlig berechtigt; aber es ist die Frage, ob sie von denen, die sie vorbringen, und von denen, an die sie gerichtet sind, auch richtig verstanden werden. Es gilt hier Klarheit zu schaffen, um so mehr, als der Ruf nach „Autorität“ und „Stabilität“ in Deutschland schon mehr als einmal zu falschen Konsequenzen geführt hat.

Fraglos bedarf die Bundesrepublik einer in sich gefestigten und zielbewußten Regierung. Aber dazu ist zunächst zu sagen, daß wir in der „Spiegel“-Affäre nicht einen Mangel an Autorität, sondern, von seiten der Regierung, einen Mißbrauch der Autorität erlebt haben; nicht ein quasi technisches Versagen der Regierung, sondern zahlreiche schwerwiegende Willkürakte. Die Bundesrepublik braucht eine Regierung, die zum Unterschied von der bisherigen die geschriebenen wie die ungeschriebenen Gesetze einer demokratischen Staatsordnung respektiert, der es wirklich selbst ernst ist mit dem von ihr so oft beschworenen Schutze unserer kostbaren demokratischen Freiheit nach innen wie nach außen.

Aus den Erfahrungen der letzten Wochen ist aber auch die Lehre zu ziehen, daß eine wachsame und konsequente Öffentlichkeit durchaus in der Lage ist, eine Regierung, falls sie es an demokratischer Gesinnung fehlen läßt, zur Ordnung zu rufen.

Nach dem Rücktritt der FDP-Minister kam es zu ersten, offenbar mehr als nur taktisch bedingten Fühlungen der CDU und der SPD in der Frage der Neubildung der Regierung. Welche Koalition aber auch künftig in Bonn regieren wird, über aller koalitionspolitischen Taktik, wie sie nun von allen Partnern in Bonn praktiziert wird, sollte in der deutschen Öffentlichkeit eines nicht vergessen werden: Autorität und Stabilität der künftigen Regierung sind nicht so sehr ein Problem der richtigen Koalition, sondern eines der richtigen Konzeption. Und wenn in diesem so entscheidenden Augenblick der deutschen Nachkriegsgeschichte etwas notwendig ist, dann eine freie öffentliche Diskussion über diese künftige Konzeption der bundesdeutschen Politik. Wir können uns hier nur dem anschließen, was Hans Gerlach im „Kölner Stadtanzeiger“ am 4. Dezember zum Thema Große Koalition geschrieben hat:

„Die berechtigten Bedenken gegen eine Große Koalition könnten nur dann beiseite geschoben werden, wenn die breite parlamentarische Basis von beiden Partnern dazu benutzt würde, endlich jene innen- und außenpolitische Anpassung an eine verwandelte Welt zu vollziehen, die längst fällig ist.“

Der Ruf nach Autorität und Stabilität darf nicht zur Rechtfertigung neuer und oder antidemokratischer Maßnahmen werden (Notstandsgesetzgebung!), sondern er muß verbunden bleiben mit dem Verlangen nach einer Art öffentlicher politischer Generaldebatte über alle innen- und außenpolitischen Lebensprobleme. Immer wieder ist diese seit langem schon dringliche Generaldebatte vertagt, teilweise unterdrückt, teilweise nur sehr zaghaft, halbherzig geführt wor-

DIE LAGE

den. Daran krankt dieses Staatswesen. Die „Spiegel“-Affäre hat nun den Weg frei gemacht für eine tiefe politisch-moralische Selbstbesinnung der Nation. Wir sollten diese geschichtliche Gnadenstunde, denn das ist sie, nicht verstreichen lassen, ohne sie nach besten Kräften zu nutzen.

Der Ausgangspunkt der „Spiegel“-Krise

Die nationalpolitische Besinnung kann nicht stehen bleiben bei der Person von Franz Josef Strauß, über die politisch und moralisch das Urteil gesprochen ist. Es ist notwendig, sich des Ausgangspunktes der „Spiegel“-Affäre zu erinnern. Der beanstandete „Spiegel“-Artikel von Anfang Oktober über das NATO-Manöver Fallex 62 war ein Artikel über die Bonner Verteidigungskonzeption und erst in zweiter Linie über den Bonner Verteidigungsminister. Er erhellte die ganze Fragwürdigkeit, ja, man muß auf Grund des vorgelegten Materials sagen, haarsträubende Unsinnigkeit dieser Konzeption. Er offenbarte, welche Unsummen an materiellen Mitteln, welche außerordentlichen menschlichen Energien seit Jahr und Tag für eine desaströse und zugleich lebensgefährliche Sache ausgegeben werden. Der Artikel machte noch einmal deutlich, daß diese militärpolitische Konzeption, die im Verlangen nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen gipfelt, die Konzeption des Franz Josef Strauß ist.

Diese Enthüllungen — was nicht bedeuten braucht, daß es sich um die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen im strengen Sinne des Begriffs handelt — mußten die deutsche Öffentlichkeit alarmieren. Sie waren der Höhepunkt des Kampfes, den Rudolf Augstein seit Jahr und Tag mit schonungsloser Offenheit f a s t als einziger (nicht als einziger, wie er gelegentlich behauptet hat) gegen den Verteidigungsminister Strauß als gefährlichen Exponenten einer gefährlichen Politik führte. Strauß selbst hat durch seine Amtsführung diesem seinen radikalsten Kritiker immer wieder neue Argumente geliefert. Augstein ging es nicht um die Skandale als solche, so notwendig er ihre Aufklärung im Interesse der Sauberkeit des demokratischen Lebens halten mochte, es ging ihm um die unmöglichen Methoden, mit denen ein unmöglicher Minister eine unmögliche Politik gegen alle Widerstände durchzusetzen versuchte.

So lag es nahe, daß dieser Minister auf Rache um jeden Preis sann, mochte er doch wissen, wieviel Material über seine Person und Konzeption dem „Spiegel“ noch zur Verfügung stand. Der Angriff auf den „Spiegel“ war ein Versuch des Ministers Strauß, einen besonders unbequemen Gegner mundtot zu machen, alle anderen Gegner dadurch ein für allemal einzuschüchtern und seiner militärpolitischen Konzeption um jeden Preis zum Durchbruch zu verhelfen.

Um diese Konzeption stand es schon seit langem nicht gut. Nicht nur daß die USA sich nicht geneigt zeigten, den Ambitionen des deutschen Verteidigungsministers zu entsprechen — im eigenen Lager, ja im eigenen Hause wurden die Bedenken immer größer. Man darf es heute als feststehend annehmen, daß sogar hohe Offiziere im Verteidigungsministerium zu der Auffassung gelangt waren, der Strauß'sche Griff nach den Atomwaffen sei für die Bundesrepublik eine lebensgefährliche Angelegenheit. Das ist von keinem anderen als dem Bonner Vertreter des so ausgesprochen regierungstreuen „Rheinischen Merkur“, Paul Wilhelm W e n g e r, im internationalen Frühschoppen des Westdeutschen Rundfunks am 2. Dezember bestätigt worden. Wenger hat darauf hingewiesen, die hohen Offiziere, die in die „Spiegel“-Affäre verwickelt sind, würden im Falle einer strafrechtlichen Verfolgung geltend machen, sie hätten in einem echten Gewissenskonflikt gehandelt. Ja, sie würden an das Beispiel des 20. Juli erinnern. Und Wenger sprach in diesem Zusammenhange von der ungeheuren Gefahr, eine

DIE LAGE

atomare Bewaffnung der Bundeswehr — also das Konzept des Ministers Strauß — könne einen Präventivkrieg der Sowjetunion provozieren.

Minister Strauß selbst hat erklärt, es gehe bei der „Spiegel“-Aktion vor allem darum, die Informanten des „Spiegel“ zu ermitteln. Bei diesen aber handelt es sich offensichtlich auch um jene hohen Offiziere. So liegt der „Spiegel“-Affäre die Bonner Auseinandersetzung um den künftigen Kurs der deutschen Verteidigungspolitik zugrunde. Die der italienischen Regierung nahestehende Zeitung „Il Messaggero“ schrieb am 7. November in einem Aufsatz unter dem Titel „Strauß' Deutschland“, der ‚Hochverrat‘ der ‚Spiegel‘-Redaktion bestehe darin, „auf eine militärische Situation hingewiesen zu haben, die weder den defensiven Notwendigkeiten des deutschen Volkes noch denjenigen seiner Verbündeten noch dem Friedensstreben des westlichen Deutschlands entspricht, das von so vielen Seiten her wegen Revanchismus angeklagt wird.“ Die Atomwaffenpläne des Ministers Strauß hätten auch in der atlantischen Gemeinschaft Gegensätze entstehen lassen.

Die Eröffnungen des „Spiegel“ in jenem umstrittenen Fallex-Artikel haben deutlich gemacht, wie notwendig im Lebensinteresse des deutschen Volkes eine gründliche Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über die Verteidigungsprobleme ist und wie sehr es die Regierung seit Jahr und Tag an dieser Unterrichtung hat fehlen lassen. Das letztere allein ist schon, wie immer es um die ohnehin problematische formaljuristische Seite der Sache stehen mag, eine politisch-moralische Rechtfertigung Augsteins und seiner Redakteure. Die deutsche Öffentlichkeit aber ist aufgefordert, nun endlich viel freimütiger und konkreter als bisher über die Probleme der bisherigen Aufrüstungskonzeption, über den Sinn und die Möglichkeiten einer vorwiegend militärischen Verteidigung zu diskutieren. Mit dem Sturze des Ministers Strauß ist eine solche Diskussion nicht etwa überflüssig geworden, sondern dieser Sturz hat den Weg zu ihr freigemacht. Es kann, es muß nun, da die Person Franz Josef Strauß politisch in den Hintergrund getreten ist, über die Politik des Franz Josef Strauß gesprochen werden. Denn es besteht zweifellos die Gefahr, daß ein neuer Verteidigungsminister, mit weniger Affären, weniger skandalumwittert als der forsche Bayer, doch dessen forsche Politik fortsetzen wird.

Die Möglichkeiten einer neuen deutschen Politik

Die Einsicht, daß die bisherige Bonner Außen- und Militärpolitik revisionsbedürftig ist und ihre Fortsetzung um jeden Preis, ja das bloße Sichttreibenlassen, große Gefahren heraufbeschwören würde, ist in den letzten Wochen im In- und Ausland gewachsen. Die Repräsentanten dieser Politik selbst haben freilich den Versuch gemacht, die jüngsten weltpolitischen Entwicklungen als eine Bestätigung der Richtigkeit ihres Kurses zu interpretieren. Wir erinnern an die Wahlreden von Franz Josef Strauß in Bayern und an die Ausführungen des Generals Foertsch vor der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft in Stuttgart. Strauß und „sein“ Foertsch erklärten, die Kuba-Krise habe die Notwendigkeit einer gemischten, konventionellen und atomaren Abschreckungsstrategie deutlich gemacht. Damit sollte noch einmal die Forderung nach deutscher Verfügungsgewalt über Atomwaffen, unter Fortsetzung der bisherigen ausgesprochen intransigenten Außenpolitik, begründet werden. Daß man in Bonn aus der Kuba-Krise ausgerechnet diese militärpolitischen Konsequenzen gezogen hat, ist bedenklich genug. Es hat auch im Auslande Besorgnis erweckt.

Doch werden gleichzeitig in der Bundesrepublik die Stimmen immer zahlreicher, die eine Modifizierung der Außen- und Militärpolitik fordern. Wir erin-

nern hier nur an die Artikelserie des Professors für politische Wissenschaften in Westberlin, Otto Heinrich von der G a b l e n t z, in der ZEIT vom 16., 23. und 30. November, an Albrecht von K e s s e l s letzte Kommentare in der WELT, an Karl Heinz W o c k e r s Ausführungen in der Sendung Unteilbares Deutschland des Westdeutschen Rundfunks am 1. Dezember 1962. Besonders bemerkenswert ist, daß ein an sich der CDU verbundener, doch stets origineller politischer Publizist wie Rüdiger A l t m a n n in einem neuen Buche „Das deutsche Risiko — Außenpolitische Perspektiven“ (Seewald-Verlag, Stuttgart) auf die Aussichtslosigkeit einer Fortsetzung der bisherigen Politik gegenüber der Sowjetunion und der DDR hinweist (siehe die Auszüge in DIE ZEIT vom 2. November). Ebenso bemerkenswert aber scheint uns, was ein so enrangierter und eigenwilliger Mann wie Sebastian H a f f n e r am 13. November in der WELT geschrieben hat. Haffner, lange Zeit eifriger Verfechter der „Politik der Stärke“, ist doch realistisch genug, gerade jetzt, nach der Kuba-Krise, mit der Möglichkeit eines Berlin-Kompromisses zwischen Moskau und Washington zu rechnen. Er sagt:

„Auch ohne alliierten Truppenabzug aus Berlin wäre der Berlin-Kompromiß, der sich im Frühjahr abzeichnete, für die Russen attraktiv genug.

Für die Deutschen wäre er schmerzlich genug. Er würde das Scheitern der Deutschland-Politik bedeuten, die Adenauer dreizehn Jahre lang eisern und unbeirrt verfolgt hat, und würde, auch wenn man das zunächst nicht zugibt, die deutsche Zweistaatlichkeit international sanktionieren. Er würde die Deutschen dazu verurteilen, von diesem unerwünschten Ausgangspunkt aus mühselig ganz neue Wege zur Milderung der Spaltungsfolgen und schließlich zur Wiedervereinigung zu suchen. Daß Adenauer der richtige Mann wäre, eine solche ganz neue Deutschland-Politik auf den Trümmern der seinigen aufzubauen, wird schwerlich jemand behaupten wollen. Selbst jetzt hat man das Gefühl, daß eine Regierung Schröder/Brandt (die auch innenpolitisch manchen Schaden reparieren könnte, den Adenauer ohne Gesichtverlust nicht mehr reparieren kann) den wahrscheinlich nötigen (von uns gesperrt. A. B.) schmerzlichen Übergang geschickter vollziehen könnte.“

Jedenfalls rücken schwerwiegende außenpolitische Entscheidungen unaufhaltsam näher. Die Kuba-Krise ist offensichtlich zum Ausgangspunkt ernsthafter amerikanisch-sowjetischer Sondierungen auch über andere weltpolitische Probleme geworden. Kuba hat gezeigt, daß zur Bewahrung der Welt vor den Schrecken eines atomaren oder auch konventionellen Krieges Besonnenheit und Kompromißbereitschaft nötig sind; es hat aber auch gezeigt, daß solche Kompromißbereitschaft im eigenen Interesse der beiden Machtblöcke liegt. Sowohl von amerikanischer wie auch von sowjetischer Seite hat man sich nach den Verhandlungen zwischen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan und Ministerpräsident Castro einerseits, den Gesprächen Mikojans in Washington andererseits mit einer gewissen Zuversicht über die Möglichkeiten von Vereinbarungen über eine Lösung der noch offenen Probleme geäußert. Offensichtlich sind beide Seiten im Augenblick von dem Willen der anderen Seite überzeugt, nach friedlichen Lösungen zu suchen — und diese Klimabesserung, dieses Zipfelchen Vertrauen ist schon unermeßlich viel, ist ein Politikum in einer von wechselseitigem Argwohn, von Hysterie und Angst erfüllten Welt.

Das bedeutet für die Deutschen, daß jetzt auch sachlicher und konstruktiver über das Deutschland-Problem gesprochen werden kann als bisher. Damit bietet sich der deutschen Politik die große Chance, jetzt ohne allzu starken Druck von außen besonnen und konsequent auf eine Entspannung hinzuarbeiten. Das setzt freilich eine richtige Einschätzung der augenblicklichen Flexibilität der sowjetischen Außenpolitik voraus. Es wäre verhängnisvoll, wollte man in ihr nur einen

Ausdruck der Schwäche sehen und sie zum Anlaß nehmen, das so nutzlose und gefährliche Experiment der „Politik der Stärke“ fortzusetzen. Wer sich jetzt abermals an die Hoffnung klammert, durch eine geschickte Kombination von politischen und militärischen Mitteln ließe sich die Sowjetunion nun vielleicht doch mit „sanfter Gewalt“ aus Mitteleuropa herausdrängen, der wird bald auf Kosten des deutschen Volkes Schiffbruch erleiden. Die Desillusionierung kann dann nur fürchterlich sein.

Stattdessen gilt es jetzt, die sich bietenden Möglichkeiten eines sachlich-realistischen Gesprächs zwischen und mit den beiden weltpolitischen Antipoden zu nutzen. Es muß auf dem Boden der Tatsachen über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und zur Förderung der Entspannung, auch zur Wiederannäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands und in diesem Zusammenhange über eine Klärung des Status Westberlins verhandelt werden.

Die Bundesregierung sollte die Ausführungen des in seinem Amte bestätigten, von Washington und Moskau anerkannten UN-Generalsekretärs U Thant in seinem Vortrag vom 2. Dezember in Baltimore ernstnehmen. U Thant, der ein großes Verdienst an der Kuba-Entspannung hat, forderte die Großmächte auf, im Geiste des Kompromisses geduldig nach Lösungen für die verschiedenen Probleme zu suchen. Er erklärte auch, die Westmächte hätten offensichtlich noch immer nicht voll begriffen, daß sich die sowjetische Politik seit Stalins Tod wesentlich gewandelt habe und nicht mehr von der Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen den beiden Gesellschaftssystemen ausgehe. Der Generalsekretär warnte ausdrücklich die Westmächte vor einer Unterschätzung der sowjetischen Kompromißbereitschaft und des sowjetischen Friedenswillens.

In den kommenden Verhandlungen wird nicht zuletzt der künftige militärische Status der Bundesrepublik zur Diskussion stehen. Es ist bekannt, daß die USA nach wie vor große Bedenken gegen eine europäische Nato-Atommacht haben. Das Drängen des Ministers Strauß auf diese von der Bundesrepublik zweifellos maßgeblich mitbestimmte Nato-Atommacht hat offensichtlich solche Bedenken nur erhöht. Man wird in Washington wohl nicht sehr unglücklich über das Abtreten des Bayern sein. So sehr diese Zurückhaltung der USA in der Frage der deutschen atomaren Mitbestimmung gerade im deutschen Interesse zu begrüßen ist, es zeichnet sich doch die Gefahr ab, daß wir gewissermaßen vom Regen in die Traufe kommen, wenn Washington das Strauß-Konzept endgültig verwirft. Stattdessen drängen die Amerikaner mehr denn je auf eine wesentliche Erhöhung der konventionellen Bewaffnung der Nato, nicht zuletzt der Bundeswehr. Der Bundeskanzler hat bei seinem Besuch in Washington Mitte November darüber einiges zu hören bekommen und die deutsche Öffentlichkeit wird schon jetzt psychologisch auf neue schwere Belastungen des Etats durch eine erhebliche Erhöhung der Rüstungsausgaben vorbereitet. Militärisch und politisch ist eine solche **F o r c i e r u n g** der konventionellen Aufrüstung ausgerechnet in diesem Augenblick nicht gerechtfertigt, sie steht den wirklichen Erfordernissen der Stunde direkt entgegen. Vielmehr läßt sich sagen, daß die Weltlage **w e n i g e r** denn je zu solchen Maßnahmen zwingt, mehr denn je aber eine **Z u r ü c k s t e l l u n g** aller derartiger Pläne, in West und Ost, zugunsten ernsthafter Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung ebenso wie um eine Kontrolle der atomaren Rüstungen und ihre Ausschaltung zweckmäßig erscheinen läßt.

Es kommt hinzu, daß die von den USA verlangten Steigerung der Ausgaben für die konventionelle Rüstung rein wirtschaftlich eine unabsehbare Hypothek bedeuten würde. Eine Hypothek, die die deutsche Wirtschaft sich gerade jetzt weniger denn je leisten kann. Man muß sich immer wieder vergegenwärtigen, welch ungeheuren Summen und wieviel menschliche Arbeitskraft schon

die bisherige Aufrüstung verschlungen hat, eine Aufrüstung, die sich als militärisch sinnlos, politisch höchst gefährlich erweisen sollte. Die Mittel, die ihr zugute kamen, fehlen für die heutzutage und gerade im Wettstreit mit dem Kommunismus so viel wichtigere „innere Aufrüstung“ der Bundesrepublik. Zugunsten der rein militärischen Konzeption sind die innenpolitischen Strukturprobleme in sträflicher Weise vernachlässigt worden. Daraus erwächst für diesen Staat auf längere Sicht ein unendlich viel größerer Gefährdung als durch alle echten oder vermeintlichen äußeren Bedrohungen der letzten zehn Jahre. Schon jetzt ist spürbar, wie verhängnisvoll die propagandistische Ablenkung des deutschen Volkes von diesen so ungeheuer schweren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturfragen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf eine monomane und militante Feindschaftsbeziehung zum Kommunismus ist. Rein parteitaktisch mochte sie sich einige Jahre als praktikabel erweisen —, aber auf Kosten des deutschen Volkes! Es ist der Augenblick gekommen, auch über diese vernachlässigten Strukturprobleme offen zu sprechen und endlich praktische Konsequenzen zu ziehen.

Wer schwächt die Bundesrepublik?

Von seiten der Bundesregierung ist im Zusammenhang mit der „Spiegel“-Affäre wiederholt erklärt worden, eine „gewisse deutsche Presse“ setze durch ihre Kritik an der Regierung das Ansehen Bonns im Ausland herab. In der denkwürdigen Bundestagsdebatte vom 7. November bediente sich Innenminister Höcherl dieses „Argumentes“. Er sagte, daß „wir im Ausland mit Hilfe nützlicher Dummköpfe“ verleumdet werden. Noch viel krasser und schamloser wurde diese Behauptung in dem großen Wahlinserat der CSU in der bayerischen Presse am Vorabend der Landtagswahlen vertreten. Dieses Inserat, das eine genaue Analyse verdient, sprach von einer internationalen „Verschwörung“ gegen Deutschland, die hinter den Angriffen auf Minister Strauß stecke. Eine neue deutsche „Dolchstoßlegende“ wurde hier propagiert. Und zu dieser gehört das Schauernmärchen vom Zusammenspiel der inneren und der äußeren Feinde Deutschlands.

Dieses Wahlinserat hat, auch das ein Teil der „Spiegel“-Affäre, die italienische Regierung zu einem offiziellen Protest in Bonn veranlaßt. Das ist schon eine Antwort auf die Frage, wer in diesen Monaten das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt herabsetzt und ihre politische Position schwächt. Man brauchte nur die Kommentare der westlichen Presse in den letzten Wochen zu verfolgen, um mit Erschrecken inne zu werden, wie tief das Prestige Bonns schon gesunken ist. Die Bundesregierung selbst liefert Tag für Tag den Kritikern und etwaigen Gegnern Deutschlands in Ost und West die besten Argumente — sie, die für den Skandal verantwortlich ist, nicht die deutsche Presse, die den Skandal aufgedeckt hat. Die deutsche Öffentlichkeit hat im Ausland für ihren entschiedenen Protest gegen die Machenschaften der Regierung soviel Beifall gefunden wie die Regierung für diese Machenschaften Kritik. Ein Beispiel dafür nur. In einem Bericht aus Rom in der Süddeutschen Zeitung vom 8. November heißt es dazu:

„Gerade dieses Thema wird in Kreisen derjenigen Politiker Italiens, die zu den bekanntesten Triebkräften der europäischen Gemeinschaft gehören, lebhaft erörtert. Wegen Methoden dieser Art wird eine moralische Isolierung Deutschland von seiten seiner Verbündeten befürchtet. In diesen Kreisen wird vor allem darauf hingewiesen, daß der Abstand zu dem, was Bonn im Osten bekämpft, moralisch immer geringer werde, während der moralische Abstand zu den Verbündeten, die ihre Waffen vor allem in den Dienst von Freiheit und Demokratie stellen, immer größer werden könnte.“

Glaubt man etwa, ein Regierungschef, der Äußerungen tut, wie Bundeskanzler Adenauer in der Bundestagsdebatte vom 7. November, sei ein würdiger Reprä-

sentant des von ihm vertretenen demokratischen Staates? Wenn die demokratische Glaubwürdigkeit der Bundesregierung im In- und Ausland in diesen Wochen auf ein Minimum gesunken ist, dann einzig infolge der Praktiken der Bundesregierung. Hatten schon die Strauß'sche Atomwaffenkonzeption und die strikte Ablehnung eines Ost-West-Kompromisses in der Deutschland-Frage durch Bonn die Bundesrepublik im westlichen Lager politisch mehr und mehr isoliert, so kommt dazu jetzt nun noch die moralische Isolierung, von der in jenem oben zitierten Bericht die Rede ist. (Es droht sogar, wie die jüngsten öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Prof. Hallstein und Prof. Erhard erkennen ließen, eine gewisse wirtschaftspolitische Isolierung der Bundesrepublik in der EWG infolge des Erhardschen Anti-Wirtschafts-Planungs-Doktrinarismus!) Die Auswirkungen auf die doch gerade von der Bundesregierung lange Zeit mit solchem Eifer betriebene Europa-Politik liegen auf der Hand. Schon hat in Großbritannien (siehe dazu den Brief von Lord Boothby in der Times vom 13. November) und in Skandinavien die Opposition gegen einen Anschluß an eine EWG zugenommen, in der die beiden kaum mehr wirklich demokratischen Staaten Bundesrepublik und Frankreich eine so maßgebliche politische wie wirtschaftliche Rolle spielen. Nur eine konsequente deutsche Entspannungspolitik nach außen und eine gewissenhaft demokratische Regierungspraxis im Innern wird mit der Zeit das in diesen Wochen geschundene internationale Vertrauen zu der Bundesrepublik Deutschland wiederherstellen können, ein Vertrauen, dessen die Deutschen gerade in der nächsten Zeit mehr denn je bedürfen werden.

Selbstbestimmung oder Notstandsverfassung?

Die „Spiegel“-Affäre bedeutet auch den bisherigen Höhepunkt der seit langem von seiten der Regierung praktizierten Verfälschung innenpolitischer Auseinandersetzungen über außenpolitische (oder auch innenpolitische) Probleme. Immer wieder ist in den letzten Jahren von dieser Seite der innenpolitische Gegner durch eine bedenkenlose Identifizierung mit dem außenpolitischen Feind, dem echten oder dem vermeintlichen, denunziert worden. Die Wahlkampagne der CSU in Bayern hat dafür neue, kaum noch überbietbare Beispiele geliefert. Im Falle „Spiegel“ aber wurden die weiter oben dargestellten politischen Auseinandersetzungen über die zweckmäßige deutsche Verteidigungspolitik durch den Gewaltstreich der Regierung vom politischen auf das juristische Gebiet verlagert. Der Landesverrats-Vorwurf dient dazu, eine öffentliche Diskussion über die Verteidigungspolitik einzuschränken. Eine solche Diskussion aber gehört gerade heute zur wirklichen nationalpolitischen Selbstbestimmung des deutschen Volkes.

Die „Aktion Spiegel“ zeigt, daß die wachsender Kritik ausgesetzten Exponenten der „Politik der Stärke“ vor nahezu keinem Mittel zurückscheuen, um ihre Macht zu behaupten, auch nicht vor offenen Übergriffen gegen die demokratische Grundordnung. Es werden in diesen Wochen neue Handhaben vorbereitet, auf deren Anwendung man gerade jetzt kaum lange wird warten brauchen, wenn sie erst einmal legalisiert sind. Die Notstandsgesetzgebung kann nicht außerhalb der politischen Ereignisse und Erfahrungen dieser Monate verstanden und beurteilt werden. Wenn die sachliche Notwendigkeit einer neuen ausgesprochenen Notstandsgesetzgebung von kompetenter Seite ohnehin seit langem bestritten worden war, so daß sich die Aufmerksamkeit von selbst auf mögliche politische Absichten der Bonner Initiatoren richtete — so haben die letzten Ereignisse einen solchen Argwohn nur mehr verstärkt. Leider muß man es sagen: Größtes

DIE LAGE

Mißtrauen gegenüber den in Bonn Regierenden und die Macht Verwaltenden ist heute höchstes demokratisches Gebot. Je schwächer die außenpolitische und innenpolitische Position der Bundesregierung wird, desto näher liegt die Versuchung für sie, sich zur Aufrechterhaltung der Macht radikaler Mittel zu bedienen. Die „Spiegel-Aktion“ war wahrhaftig eine heilsame Vor-Notstands-Lektion!

Ein äußerer Anlaß für eine forcierte Notstandsgesetzgebung ist angesichts der sich abzeichnenden relativen Entspannung der internationalen Lage und der bevorstehenden Deutschland-Verhandlungen weniger denn je gegeben. Auch sollte man in diesem Zusammenhange die sehr ernsthaften Fortschritte der inneren Liberalisierung im Ostblock zur Kenntnis nehmen. Nicht mehr lange wird man mit dem so beliebten Popanz des kommunistischen Buhmannes Außen- und Innenpolitisch machen können... Mehr denn je besteht außen wie innenpolitisch für die Bundesregierung die Verpflichtung und die Möglichkeit, durch eine konstruktive Politik Notstandssituationen zu vermeiden. Das ist das eigentliche Problem der Stunde. Ob es gelingt, die neue Regierung, welche Koalition immer es sein mag, zu einer solchen neuen Außen- und Innenpolitik zu veranlassen und damit die Gefahr eines von uns selbst heraufbeschworenen außen- oder innenpolitischen Notstandes abzuwenden — das wird vor allem durch das Verhalten der deutschen Öffentlichkeit in den nächsten Monaten entschieden werden. Diese Öffentlichkeit hat ihre erste Bewährungsprobe jetzt bestanden — die zweite, die größere steht ihr bevor; aber sie hat allen Grund, selbstbewußt in diese neue Bewährungsprobe zu gehen.

Abgeschlossen am 4. Dezember

Dr. Rudolf Hilf

Dynamik des Friedens

*„Wer trachten wollte, das Reich zu
nehmen und es zu machen,
ich sehe, daß es ihm nicht gelingt.
Das Reich ist ein geistiges Gefäß,
es kann nicht gemacht werden.
Der Macher zerstört es, der Nehmer
verliert es.“*

Lao-tse, Tao Te King

I

Das „Reich“, das hiermit angesprochen ist, ist nicht das Imperium der Deutschen oder das irgendeiner anderen Nation. Es ist auch nicht das heute gern und viel beschworene Abendland, das Vereinte Europa oder die als Ersatz dienenden Wirtschaftsformeln. Es ist die politische Ur-Idee der Menschen, seit diese geschichtliches Bewußtsein erlangt haben: es ist der Traum, der nicht sterben kann, von der Einigung aller Völker, Rassen und Staaten unter einem Dach, in einer Ordnung, durch einen Geist.

Durch die Geschichte schreiten die Weltreiche, die diesen Anspruch erhoben und zeitweilig verwirklicht hatten, wenn auch in einem materiell begrenzten, keineswegs die ganze Welt umfassenden Rahmen.